

Roman Burkard
Präsident GGR
Stadtkanzlei
Gubelstrasse 22
Postfach
6301 Zug

Parlamentarischer Vorstoss GGR

Eingang : 12.04.2023

Bekanntgabe im GGR : 09.05.2023

Stefan Huber
Gemeinderat glp
stefan@leerzeit.ch

Zug, 12.04.2023 – eingereicht per E-Mail

Interpellation

10 Fragen zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in Stadtrat und Verwaltung

Als Stadt der Innovation hat Zug bereits Interesse an der Anwendung von neuen Technologien wie z.B. der Blockchain-Technologie demonstriert. Genau wie im Bereich Blockchain, kann auch die Stadt Zug im Bereich Künstliche Intelligenz eine internationale Vorreiter- und Vorbild-Rolle einnehmen und die Chancen und Herausforderungen von Künstlicher Intelligenz (KI) zu erkunden und sich so positiv von anderen Regierungen und Verwaltungen abheben, die glauben man könne den Herausforderungen mit zum Scheitern verurteilten Verboten begegnen. Denn der Einsatz von künstlicher Intelligenz bietet weitreichende Möglichkeiten, um Prozesse zu optimieren, Kosten zu reduzieren und den Bürgern bessere Dienstleistungen anzubieten.

Allerdings bringt die Einführung von KI-Technologien auch Herausforderungen mit sich, etwa im Hinblick auf Datenschutz, Transparenz und andere ethische Fragestellungen. Des Weiteren zeigt sich einmal mehr die Notwendigkeit innerhalb der Stadtverwaltung die zur sicheren Anwendung nötigen Kompetenzen und Infrastrukturen aufzubauen, um die Potenziale der KI verantwortungsbewusst und effizient nutzen zu können. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Stadt Zug bereits heute eine durchdachte Strategie entwickelt, um die damit einhergehenden Herausforderungen zu adressieren und gleichzeitig das volle Potenzial von KI-Lösungen ausschöpfen zu können. Aus dieser Sachlage richten wir folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Bei welchen städtischen Dienstleistungen kommt derzeit Künstliche Intelligenz zum Einsatz und in welchen Bereichen könnte sie zukünftig eingesetzt werden? Gibt es eine Roadmap für die Implementierung von KI in städtischen Dienstleistungen?
2. Welche Arten von KI-Systemen (z.B. Machine Learning, Neuronale Netze, etc.) kommen in der Stadt Zug bereits zum Einsatz und mit welchem Ziel? (z.B. Verkehrsregelung, Stadtplanung, Kommunikation usw.)
3. Welche Herausforderungen sieht der Stadtrat beim Thema Künstliche Intelligenz beim Einsatz durch die Stadt? Wie geht die Stadt Zug damit um, dass KI auch unbewusst und ungezielt in Prozesse der Stadtverwaltung und Regierung Einzug halten wird, beispielsweise durch die

«private» Nutzung von KI-Programmen bei der Arbeit, oder dem Einsatz von KI-gestützten Schreibassistenten in handelsüblicher Office-Software?

4. Wie gewährleistet die Stadt Zug die sichere und ethische Verwendung von KI-Systemen, insbesondere in Bezug auf Datenschutz, Transparenz und Fairness?
5. Welche Massnahmen ergreift die Stadt Zug, um mögliche ungewollte negative Auswirkungen von KI-Systemen auf interne Prozesse wie z.B. Entscheidungen zu Personal-, Sachgeschäften oder ähnlichem zu vermeiden und zu minimieren?
6. Wie stellt die Stadt Zug sicher, dass KI-Systeme nicht für diskriminierende Zwecke verwendet werden, und wie adressiert sie mögliche Voreingenommenheit von KI-Systemen?
7. Welche Partnerschaften hat die Stadt Zug mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Bereich Künstliche Intelligenz etabliert, um eine sichere Integration, Entwicklung und Nutzung von KI-Lösungen für städtische Dienstleistungen zu gewährleisten?
8. Verfügt die Stadt über ausreichende Ressourcen und Kompetenzen, um die Implementierung von KI in städtischen Dienstleistungen erfolgreich zu steuern und zu kontrollieren?
9. Wie schätzt der Stadtrat die langfristige Entwicklung von KI-Systemen auf die Effizienz, den Umfang und die Qualität ihrer städtischen Dienstleistungen ein?
10. Wir bitten den Stadtrat kurz und klar seinen Standpunkt zu folgenden Aussagen zu formulieren:
 - a. "Bürgerinnen und Bürger müssen bei jedem Kontakt mit der Stadtverwaltung klar informiert werden, ob ihre Anliegen von einer KI verarbeitet oder von einem menschlichen Mitarbeiter bearbeitet werden."
 - b. "Die Stadt Zug soll bei der Einführung von KI-Systemen verpflichtend eine umfassende Datenschutz-Folgenabschätzung durchführen, um mögliche negative Auswirkungen auf die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger zu minimieren."
 - c. "KI-Systeme, die von der Stadt Zug eingesetzt werden, müssen klar definierte und nachvollziehbare Entscheidungskriterien aufweisen, damit Betroffene ihre Entscheidungen besser verstehen und hinterfragen können."
 - d. "Der Stadtrat sollte für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz klare Grundprinzipien festlegen, um sicherzustellen, dass KI-Anwendungen im Einklang mit ethischen Grundprinzipien und Menschenrechten eingesetzt werden."

Wir bedanken uns für die schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

Im Namen der grünliberalen Fraktion

Stefan Huber



Mitunterzeichnende

Nina Koller, David Meyer, Daniel Marty